

**Tocqueville, Alexis de (1987) [1835/1840]:** „Über die Demokratie in Amerika“, 2 Bände,  
Zürich: Manesse, S. 369-391, 416-432, 461-466

**Alexis de Tocqueville (1805-1859)**, französischer Historiker und Politiker analysiert in seinem Werk „De la Démocratie en Amérique“ die während seiner Reise nach Amerika erlebten Eindrücke von der dort herrschenden Demokratie, die ihn ebenso faszinierte wie skeptisch stimmte. Im siebten Kapitel des ersten Bandes untersucht er kritisch Bedeutung und Auswirkung der Mehrheit im politischen System.

Die Tendenz zur unumschränkten Herrschaft der Mehrheit sieht T. bereits im Wesen der Demokratie begründet, da sich außerhalb der Mehrheit in der Demokratie nichts behaupten könne. Jeder einzelne nimmt nämlich an, dass bei einer Vereinigung vieler Menschen mehr Bildung und Weisheit zu finden sei als bei einem einzelnen. Diese Vorstellung, schon von den ersten Einwohnern der USA dorthin mit hingebacht worden, sei in die Sitten der Amerikaner eingegangen. Auch wird davon ausgegangen, dass die Interessen der größeren Zahl denen der kleineren vorzuziehen hätten. Jeder erkenne die Rechte der Mehrheit auch deshalb willig an, da gehofft werden könne, eines Tages die gleichen Rechte selber, zum eigenen Vorteil, ausüben zu können. Die Mehrheit bekomme daher, erst einmal über eine Frage zustande gekommen, eine so enorme Macht, dass es praktisch nichts gibt, was ihren Gang hemmen, geschweige denn zum Stillstand bringen könnte. „Die Folgen dieses Sachverhaltes für die Zukunft“, schreibt T., „sind unheilvoll und gefährlich“ und würden sich zugleich mit der Zunahme der Macht der Mehrheit noch verschärfen.

Da periodisch immer andere Menschen zur Macht gelangten, sei die Gesetzgebung und Vollziehung der Gesetze, aber auch das Handeln der Verwaltung insgesamt unbeständig und somit ein mit der Demokratie untrennbar verbundener Mangel.

Vor allem aber der demokratische Grundsatz, dass alle Gewalt im Staate aus dem Willen der Mehrheit abgeleitet würde, sei für gottlos und abscheulich zu halten. Denn obwohl es andererseits in einer Demokratie auch nicht anders sein könne, sieht T. einen Konflikt mit dem Gesetz der Gerechtigkeit. Dieses sei nämlich „nicht bloß von der Mehrheit irgendeines Volkes, sondern von der Mehrheit aller Menschen, wenn nicht aufgestellt, so doch angenommen worden“ und stellt fest: "Das Recht einer jeden Mehrheit findet seine Grenze an der Gerechtigkeit." T. erscheint hier als Verfechter der persönlichen Freiheit, er ist zwar der Meinung dass „an irgend einer Stelle immer eine staatliche Gewalt einsetzen muss, die allen anderen übergeordnet ist“ sieht aber „eine Gefahr für die Freiheit, wenn diese Gewalt auf kein Hindernis stößt, das ihren Gang aufhalten und ihr Zeit geben kann, sich selbst zu mäßigen“ Diese Allmacht der Mehrheit, scheint ihm anmaßend und gefährlich, egal ob in einer Demokratie oder Aristokratie, ob in Monarchie oder Republik vorkommend. In ihr liege der Keim zur Tyrannei gegen die die Demokratie zu wenig geschützt sei und vor der er eindringlich warnt. Die Allmacht der Mehrheit führe zu einem Despotismus im öffentlichen Leben wie auch im Privaten. Mit einer äußeren wie zugleich mit einer inneren Macht ausgestattet, die auf den Willen wie auf das Handeln einwirke und die Tat wie zugleich das Wollen der Tat vereitle, bedrohe die Omnipotenz der Mehrheit die persönliche Freiheit. Niemanden drohe zwar Gefahr für Leib und Leben beim Äußern seiner Meinung, durchaus aber seien Andersdenkende allen erdenklichen Unannehmlichkeiten und täglichen Nachstellungen ausgesetzt. So ist es nicht verwunderlich, dass bei so unbeschränkter und unwiderstehlicher Herrschaft der Mehrheit, die Entfaltung großer Charaktere gehemmt werde

und man auf mehr Höflingsgeist und damit allgemeine seelische Erniedrigung als in Despotien der Vergangenheit treffe.

In der Allmacht der Mehrheit liege denn auch die größte Gefahr für den Fortbestand der amerikanischen Demokratie. Die verzweifelten Minderheiten könnten ihre Zuflucht in äußerer Gewalt nehmen, es werde als Folge der Tyrannei Anarchie eintreten, sollte die Freiheit in Amerika verloren gehen.

Im neunten Kapitel untersucht Tocqueville die Hauptgründe für den Bestand der Demokratie in Amerika. Die besondere und zufällige Lage Amerikas, keine kriegerischen Nachbarn zu haben, Finanzkrisen, Verheerungen und Eroberungen nicht ausgesetzt zu sein aber auch das Fehlen einer das Land beeinflussenden Hauptstadt seien allgemein förderlich für das Bestehen dieser Regierungsform. Vor allem aber das große weite Land, mit genug Platz für alle, die Liebe der Amerikaner zu Freiheit und Gleichheit von Anfang an und allgemeiner Wohlstand wirkten demokratiefestigend. Den Amerikanern eigen sei nämlich ein Streben nach wirtschaftlichem Erfolg und Glück in fast schon gierigem Ausmaß. Durch den Vorteil aber, dass das Land alle befriedigen und so zu persönlichem Wohlstand verhelfen könne, wirke auch dies demokratiefestigend, da wirtschaftliches Wohlergehen Meinungen und Ansichten beeinflusse und zur Bejahung der bestehenden Ordnung beitragen könne, denn Liebe zum Reichtum ersetze den Ehrgeiz und Wohlstand lösche die Glut der Parteien. Auch die bundesstaatliche Form, Gemeindeeinrichtungen und die Richterliche Gewalt sicherten den Fortbestand der Demokratie. In der Gleichheit der Bedingungen erkennt er einen weiteren Vorteil: Alle seien gleicher Abstammung, sprächen die gleiche Sprache, unterlägen den gleichen materiellen Bedingungen und gehorchten den gleichen Gesetzen.

Tocquevilles Analyse der frühen amerikanischen Gesellschaft und ihrer sozio-kulturellen Strukturen, lässt erkennen dass er in der Demokratie die allgemeine zukünftige Entwicklungstendenz der egalitären Massengesellschaft sieht, ohne jedoch die Gefahren und Schwächen dieser Regierungsform zu verkennen. Denn so wie die Demokratie die Freiheit in einem bisher ungekannten Maße ermöglicht hat, läuft sie auch Gefahr, Unfreiheit in bisher ungeahntem Ausmaß zuzulassen. Gerade da die Demokratie auf die Teilnahme der Mehrheit und Mehrheitsentscheidungen nicht verzichten kann, droht von einer Allmacht dieser Mehrheit Tyrannei, die sich dann nicht nur auf das Äußere des Menschen auswirke, sondern die auch sein Denken in einer totalen und allumfassenden Weise zu ergreifen drohe.

T. beschreibt damit meiner Meinung nach hauptsächlich die Gefahren einer Majoritätsdemokratie, wie sie z.B. heute noch in Großbritannien praktiziert wird. In einer Konsensdemokratie mit Mehrparteiensystem und eindeutiger Trennung der Gewalten im Staat sollte ein Großteil der Gefährdung durch allmächtige Mehrheiten gebannt sein.

Auch wird das Zustandekommen einer eindeutigen Mehrheitsmeinung von ihm wohl überschätzt, denn wie schon von Hamilton/Madison/Jay in den Federalist-Artikeln beschrieben, halte ich einen vielfältigen Interessenpluralismus und die Gefahr, dass partikulare Interessengruppen Zugang zur Macht oder den Gewalten des Staates erlangen könnten (ohne die mehrheitliche Meinung zu vertreten bzw. diese zu beeinflussen) für realistischer.